

Ein Kampf um Deutungshoheit. Zur Politisierung des Gedenkens

BESPRECHUNG DES VON WOLFGANG BENZ
HERAUSGEGEBENEN BANDES

Uwe Neumärker

Am 23. August 1989 – 50 Jahre nach dem sogenannten Hitler-Stalin-Pakt – bilden Litauer, Letten und Esten eine Menschenkette von Wilna über Riga nach Reval. Mit einer Million Beteiligten – etwa jeder sechste in allen drei Ländern – ist dieser »Baltische Weg« die größte Menschenkette der Geschichte. Die drei Völker fordern ihre Freiheit und Unabhängigkeit von der Sowjetunion zurück, die ihnen Moskau 1940 als Folge des Pakts genommen und eine Terrorherrschaft errichtet hatte. Der Westen blickte in diesem Sommer 1989 gebannt auf die Flüchtlinge aus der DDR, vielleicht noch auf die Entwicklungen in Polen; weiter nach Osten jedoch nicht. Im Jahr darauf verkündeten alle drei Ostsee-Sowjetrepubliken ihre Loslösung von Moskau und erklärten die Wiederherstellung ihrer staatlichen Souveränität.

Michael Gorbatschow, dessen Verdienste bei der Wiedervereinigung der beiden deutschen Nachkriegsstaaten unbestritten sind, schickte kurz nach Erhalt seines Friedensnobelpreises Panzer: Am 13. Januar 1991, dem später sogenannten Blutsonntag, wurden 14 unbewaffnete Zivilisten, die das Parlament und den Fernsehsender in Wilna verteidigten, getötet, über 1000 verletzt. In Riga erschossen sowjetische OMON-Einheiten eine Woche später sechs Menschen. Die Ereignisse bildeten die Hauptmeldung der »Tagesschau«, gerieten durch den ersten Golf-Krieg und die Proteste gegen ihn allerdings bald in Vergessenheit. Auch das Bild vom »guten Gorbi« wollte man nicht erschüttert wissen.

Es dauerte noch ein halbes Jahr, bis sich die Europäische Gemeinschaft endlich durchrang, Litauen, Lettland und Estland diplomatisch anzuerkennen. Für die drei Länder bedeutete die blutig erkämpfte Wiedererlangung ihrer Unabhängigkeit das Ende einer Jahrzehnte langen Unterdrückung und Besetzung. Dieses millionenfache Leid wird in der dortigen Wahrnehmung vom Westen nicht gebührend gewürdigt. Anstatt zunächst einmal zuzuhören, so das Empfinden, wird moralisiert und belehrt, insbesondere mit Verweis auf die Beteiligung an der Judenvernichtung. Hierzu zählt auch das Unverständnis, mit dem im Frühjahr 2010 auf eine Rede der früheren lettischen Außenministerin Sandra Kalniete, die in der sibirischen Verbannung zur Welt gekommen ist, reagiert wurde. Ihr Hinweis, dass man den kommunistischen Totalitarismus gegenüber dem Nationalsozialismus wegen der Verheerungen des deutschen Vernichtungskrieges moralisch nicht aufwerten dürfe, führte zu Protesten, weil angeblich die Einzigartigkeit des Holocaust infrage gestellt worden sei. Und fast schon symbolisch vermochte kaum ein Kommentator, ihren Familiennamen richtig auszusprechen. Bei einem westlichen Politiker – sei es ein Brite oder Franzose – wäre dies als peinlich wahrgenommen worden. Es war daher eine Initiative der Balten und der Polen, den 23. August als »Europäischen Gedenktag für Opfer totalitärer und autoritärer Regime« ins Leben zu rufen. Opfer in anderen mittelosteuropäischen Staaten – auch die der SED-Diktatur – begrüßten das Vorgehen.

Der vorliegende Sammelband greift dieses konkrete Thema lediglich mit einem Beitrag auf, doch der »Kampf um Deutungshoheit. Politik, Opferinteressen und historische Forschung« am Beispiel der »Auseinandersetzungen um die Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam« geht um die politische Instrumentalisierung des Gedenkens und den Versuch, die fundamentalen Unterschiede zwischen Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus einzuebnen, wie der Herausgeber, Wolfgang Benz, in seiner klugen, wegweisenden Einleitung trefflich analysiert. Die Besonderheit der deutschen Situation, mit dem Erbe beider Regimes umgehen zu müssen, liegt auf der Hand. Die Leistikowstraße 1 steht dabei für den Terror in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Der Streit um die Gedenkstätte kann als radikalisiertes Ausdruck der oft unterschiedlichen Interessen von Opfern und Politikern auf der einen sowie der historisch-wissenschaftlichen Aufarbeitung auf der anderen Seite gelten.

Naturgemäß vermag selbst der beste Redakteur, die unterschiedliche Qualität verschiedener Beiträge nur bedingt anzugleichen. Und wie bei Sammelbänden ebenfalls nicht unüblich, ist der eine oder andere Gedanke bereits an anderer Stelle ausführlich abgehandelt worden. Eingangs rekonstruiert Andrew H. Beattie die Debatten um den Umgang mit dem diktatorischen Erbe in der deutschen Erinnerungs- und Geschichtspolitik seit 1990 und argumentiert – wenig überraschend – an vielen Stellen mit Bernd Faulenbach, auf den die meisten prägnanten Aussagen zum Thema zurückgehen. Beatties Beitrag bietet eine solide Zusammenfassung bis zum Ausbruch der Debatte um die Leistikowstraße; mehr bedarf es an dieser Stelle auch nicht.

Der frühere FAZ-Redakteur Peter Jochen Winter wiederum beleuchtet anschließend – vermutlich lückenlos – die Details des Streits um den konkreten Ort. Er bezieht dabei eindeutig die Position für die Macher der neuen Dauerausstellung. Bevor die andere Seite, die der Opfer, zu Wort kommt, folgen zunächst Carola S. Rudnicks Überblicksbeitrag zur Historisierung der DDR und Andreas Hilgers gelungener Kurzüberblick der Gulags auf deutschem Boden. Dann kommen die Opfer durch den Abdruck der Rede Friedrich Klauschs zur Eröffnung der Gedenk- und Begegnungsstätte im April 2012 als persönliche »Gegenstimme« zu Wort. Klausch, Jahrgang 1929, hatte 1948 mehrere Monate Haft im Gefängnis Leistikowstraße erlitten und war über Sachsenhausen in den Gulag verschleppt worden, von wo er erst 1956 zurückkehrte.

Noch näher am historischen Geschehen ist der Bericht des NZZ-Journalisten Waldemar Hoeffging, der zwischen Dezember 1945 und September 1948 inhaftiert war und seine Erinnerungen bereits 1949 veröffentlichte. Diesen beiden unmittelbaren Stimmen zum roten Terror am Ort sind ergreifend und lassen das erfahrene Leid als Grundlage der Verbitterung erahnen.

Artikel wie der anschließende sind dagegen wenig dienlich, die Gräben zwischen Erlebnisgeneration und Geschichtsvermittlung zu überbrücken: Auf dem Niveau der »Jungen Welt« als früherem Zentralorgan der Freien Deutschen Jugend lässt der Westlinke Martin Jander seiner Abneigung gegen die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft freien Lauf. Fürwahr, es sind nicht immer sympathische Zeitgenossen, die sich dort tummeln; freilich, es gibt nicht wenige Vertreter, die eine Nähe zum rechten Rand des politischen Spektrums pflegen. Doch für einen Sammelband mit wissenschaftlichem Anspruch bedarf es der Analyse, wie es zur »Kultur der Aufrechnung« – so der Titel des Aufsatzes – kommen konnte, und nicht der Häme. Dennoch bietet der Text Einblick in Vereinsstrukturen und antikommunistische Denk-

muster, ohne allerdings deren Ursachen zu beleuchten. So wird Jander selbst zum »Aufrechner«. Enrico Heitzer wiederum gelingt in seinem Artikel zur »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit in West-Berlin und in der Bundesrepublik« die sachliche Darstellung einer vergleichbaren Opferorganisation in den 1950er Jahren.

Die Beiträge – erneut – Carola Rudnicks zu den Konflikten um die sächsischen Gedenkstätten, Barbara Distels zu Dachau und dem »Trauma von KZ-Überlebenden« sowie Brigitte Mihoks zum »Haus des Terrors« in Budapest beleuchten das Thema in jeweils spezifischen Zusammenhängen.

Juliane Wetzel widmet sich fast ganz am Schluss des Sammelbandes dem 23. August als europäischem Gedenktag an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus unter der Fragestellung »Trivialisierung des Holocaust?« Wetzel beklagt Nivellierungstendenzen »im öffentlichen Diskurs vieler Länder« und befürchtet, dass das Holocaust-Gedenken in den Hintergrund gedrängt, zumindest mit dem Gedenken an die Millionen Opfer des realen Sozialismus gleichgesetzt werde. Man hakt das Thema »Verbrechen im 20. Jahrhundert« praktisch an einem Gedenktag ab. Das wäre fatal, ist allerdings eine deutsche, eine westliche Sicht auf die Dinge: In den »neuen« europäischen Staaten, die diese Idee durchgesetzt haben, herrschen andere Denkweisen und Deutungsmuster vor, die mit der westlichen Erinnerungskultur oft nicht kompatibel sind; eine gemeinsame Geschichtsauffassung gibt es auch hier nicht. Zumindest die drei baltischen Länder eint jedoch, dass die Ermordung der Juden (auch der Sinti) in der öffentlichen nicht-jüdischen Erinnerung praktisch nicht vorkommt, nicht Teil einer Staatsraison wie in Deutschland ist. Das eigene Leiden unter dem sowjetischen Terror 1940/41 und von 1944 bis 1990/91 dagegen währte viel länger, es ist in jeder Familienerzählung dominant. Ein allgemeiner Gedenktag lässt zudem die eigene Mittäterschaft am Massenmord geflissentlich übergehen.

Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen ist zunächst einmal eine nationale Aufgabe. Staaten und Politiker täten gut daran, daraus keinen europäischen »Einheitsbrei« zu machen – Aufrechnen und Gleichsetzen gewissermaßen zu sanktionieren. Die Debatten um den richtigen Umgang und die Bewertung des 20. Jahrhunderts werden und müssen allerdings weitergehen. Der Sammelband von Wolfgang Benz bietet Einblicke in die großen Auseinandersetzungen über die Darstellung des Kampfes um Deutungshoheit in der Potsdamer Leistikowstraße mithin wie darüber hinaus in grundsätzliche Fragen des Gedenkens und Aufklärens.

Uwe Neumärker ist Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas.

Wolfgang Benz (Hrsg.):

Ein Kampf um Deutungshoheit.

Politik, Opferinteressen und historische Forschung.

Die Auseinandersetzungen um die Gedenk- und Begegnungsstätte

Leistikowstraße Potsdam.

Metropol Verlag, Berlin 2013.